



STADTARCHIVWITTEN

KULTURFORUMWITTEN

Anstalt des öffentlichen Rechts
Der Vorstand

NUTZUNGSANTRAG

Name

Vorname

Straße, Wohnort

Telefon

E-Mail

Beruf (freiwillige Angabe)

Arbeitsthema

Zweck der Nutzung (freiwillige Angabe)

- | | | |
|---|---|------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> amtlich | <input type="checkbox"/> gewerblich | <input type="checkbox"/> schulisch |
| <input type="checkbox"/> ortsgeschichtlich („heimatkundlich“) | <input type="checkbox"/> wissenschaftlich | <input type="checkbox"/> privat |
| <input type="checkbox"/> genealogisch („familienkundlich“) | <input type="checkbox"/> publizistisch | |

Auftraggeber (ggf. Hochschule / Fachbereich; Schule / Jahrgangsstufe)

Ort einer geplanten Veröffentlichung (ggf. Reihe oder Zeitschriftentitel)

Ich bin mit der Aufnahme meiner E-Mail-Adresse bzw. Anschrift in den
Veranstaltungsverteiler / Newsletter des Stadtarchivs Witten einverstanden.

ja nein

Ich erkläre hiermit, dass ich von der Nutzungsordnung und der Entgeltordnung des Stadtarchivs Witten, insbesondere von der Verpflichtung zur kostenlosen Überlassung eines Belegstücks jeder Veröffentlichung oder Vervielfältigung Kenntnis genommen habe. Ich verpflichte mich bei der Verwertung von Erkenntnissen aus Quellen des Stadtarchivs, für die nach dem Archivgesetz NW besondere Schutzbestimmungen gelten, bestehende Urheber- und Personenschutzrechte sowie andere berechnigte Interessen Dritter zu beachten. Für eine eventuelle Verletzung dieser Rechte stehe ich ein und stelle das Kulturforum Witten von der Haftung frei. Hiermit stimme ich, jederzeit widerrufbar, der Verarbeitung und Speicherung meiner Daten zu Zwecken der Vertragserfüllung im Rahmen der beiliegenden Datenschutzbestimmungen zu.

Ort, Datum

Unterschrift



STADTARCHIVWITTEN



KULTURFORUMWITTEN

Anstalt des öffentlichen Rechts
Der Vorstand

Vom Stadtarchiv auszufüllen:

- Nutzung genehmigt
- Entgeltpflicht
- Belegexemplar

Witten, den



STADTARCHIVWITTEN

KULTURFORUMWITTEN

Anstalt des öffentlichen Rechts
Der Vorstand

DATENSCHUTZERKLÄRUNG

STAND MAI 2018

Informationspflichten bei der Erhebung von personenbezogenen Daten bei der betroffenen Person gemäß Art. 13 Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO)

Nach Art. 13 DS-GVO unterliegen wir besonderen Informationspflichten, wenn personenbezogene Daten erhoben werden. Durch diese Information erfüllen wir diese Verpflichtung.

Wir möchten darauf hinweisen, dass Sie sich bei allen Fragen rund um den Datenschutz gerne an unsere Datenschutzbeauftragte wenden dürfen. Diese Information wird bei Bedarf aktualisiert, um sie an rechtliche Veränderungen anzupassen.

Kontakt Daten des Verantwortlichen:

Kulturforum Witten AöR
Vertreten durch die Vorständin
Bergerstr. 25
58452 Witten
Telefon: +49 2302 581-2424
E-Mail: kulturforum@stadt-witten.de
Internet: www.kulturforum-witten.de

Kontakt Daten der Datenschutzbeauftragten:

Stadt Witten
Bettina Kressibuch
Marktstr. 16
58452 Witten
Telefon: +49 2302 581-0
E-Mail: datenschutz@stadt-witten.de
Internet: www.witten.de

Zwecke, für die die personenbezogenen Daten verarbeitet werden sollen und die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung:

Zweck der Verarbeitung von personenbezogenen Daten ist die Abwicklung sämtlicher Vorgänge, die der Verantwortliche auf Grund vertraglicher, gesetzlicher oder sonstiger Verpflichtungen abzuwickeln hat. Art. 6 I lit. a DS-GVO dient als Rechtsgrundlage für Verarbeitungsvorgänge, bei denen eine Einwilligung für einen bestimmten

Verarbeitungszweck einzuholen ist. Ist die Verarbeitung personenbezogener Daten zur Erfüllung eines Vertrags, dessen Vertragspartei die betroffene Person ist, erforderlich, so beruht die Verarbeitung auf Art. 6 I lit. b DS-GVO. Letztlich können Verarbeitungsvorgänge auf Art. 6 I lit. f DS-GVO beruhen. Auf dieser Rechtsgrundlage basieren Verarbeitungsvorgänge, die von keiner der vorgenannten Rechtsgrundlagen erfasst werden, wenn die Verarbeitung zur Wahrung eines berechtigten Interesses erforderlich ist, sofern die Interessen, Grundrechte und Grundfreiheiten des Betroffenen nicht überwiegen. Ein berechtigtes Interesse liegt zum Beispiel vor, wenn die betroffene Person ein Kunde des Verantwortlichen ist.

Dauer der Speicherung von personenbezogenen Daten:

Das Kriterium für die Dauer der Speicherung von personenbezogenen Daten ist die jeweilige gesetzliche Aufbewahrungsfrist. Nach Ablauf der Frist werden die entsprechenden Daten gelöscht, sofern sie nicht mehr zur Vertragserfüllung oder Vertragsanbahnung erforderlich sind.

Rechte der Betroffenen gegenüber dem Verantwortlichen:

1. Auskunftsrecht

Jeder Betroffene hat ein Auskunftsrecht über die ihn betreffenden personenbezogenen Daten. Das Auskunftsrecht erstreckt sich auf alle verarbeiteten Daten. Das Recht kann problemlos und in angemessenen Abständen wahrgenommen werden, damit sich alle Betroffenen der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten stets bewusst sind und deren Rechtmäßigkeit überprüfen können (Erwägungsgrund 63 DS-GVO). Dieses Recht ergibt sich aus Art. 15 DS-GVO.

2. Recht auf Berichtigung

Nach Art. 16 Satz 1 DS-GVO haben alle Betroffenen das Recht, unverzüglich die Berichtigung sie betreffender unrichtiger



STADTARCHIVWITTEN

KULTURFORUMWITTEN

Anstalt des öffentlichen Rechts
Der Vorstand

personenbezogener Daten zu verlangen. Zudem steht den Betroffenen unter Berücksichtigung der Verarbeitungszwecke das Recht zu, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten – auch mittels einer ergänzenden Erklärung – zu verlangen.

3. Recht auf Löschung (Recht auf Vergessenwerden)

Im Übrigen steht Betroffenen ein Recht auf Löschung und Vergessenwerden nach Art. 17 DS-GVO zu. Dieses Recht gilt nicht, soweit die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist, Art. 17 III lit. b DS-GVO.

4. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Gemäß Art. 18 DS-GVO steht jedem Betroffenen ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung zu. Eine Einschränkung der Verarbeitung kann verlangt werden, wenn eine der Voraussetzungen aus Art. 18 I lit. a-d DS-GVO zutrifft.

5. Recht auf Widerspruch

Art. 21 DS-GVO gewährt das Recht auf Widerspruch.

6. Recht auf Datenübertragbarkeit

Die betroffene Person hat unter den Voraussetzungen des Art. 20 I lit. a und b DS-GVO das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten, die sie dem Verantwortlichen bereitgestellt hat, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten, und diese Daten einem anderen Verantwortlichen ohne Behinderung durch den Verantwortlichen, zu übermitteln.

Widerrufsrecht bei Einwilligungen:

Beruhet eine Verarbeitung personenbezogener Daten auf Art. 6 I lit. a DS-GVO, was bedeutet, dass die betroffene Person eine Einwilligung zu einer Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten für einen oder mehrere bestimmte Zwecke erteilt hat, gewährt Art. 7 III Satz 1 DS-GVO das Recht, diese Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

Der Widerruf der Einwilligung kann auf

demselben Weg erfolgen, wie die Einwilligung erfolgte oder auf jede andere Art, die von der betroffenen Person als einfacher betrachtet wird. In der heutigen Informationsgesellschaft dürfte der wohl einfachste Weg für den Widerruf einer Einwilligung eine E-Mail sein.

Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde:

Das Beschwerderecht wird in Art. 77 I DS-GVO geregelt. Nach dieser Vorschrift hat jede betroffene Person unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die Datenschutz-Grundverordnung verstößt. Das Beschwerderecht wurde durch den Gesetzgeber ausschließlich dahingehend beschränkt, dass es nur gegenüber einer einzigen Aufsichtsbehörde ausgeübt werden kann (Erwägungsgrund 141 Satz 1 DS-GVO).

Kontaktdaten der Aufsichtsbehörde:

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
Nordrhein-Westfalen
Postfach 20 04 44
40102 Düsseldorf
Tel.: 0211/38424-0
Fax: 0211/38424-10
E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de